

# Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphenadresse: Textilpragis Berlin

**Verzinkt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!**

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D. 27  
Magazinstr. 6/7 II (Königsplatz 1006), zu richten. — Bezugs-  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M. —  
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgepaltene Seite.

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

**Inhalt:** — Sie haben alles wieder vergessen! — Zum 11. August.  
— Nach zehn Jahren. — Die Londoner Konferenz. —  
— Elfter internationaler Textilarbeiterkongress. — Schwere Niederlage  
der Kommunisten. — Fakenkreuz und Sowjetstern. — Die Atmo-  
sphäre reinigt sich. — Frauen-, Jugend- und Betriebsrätezeit. —  
— Die Christen und wir. — Ungeheuerlichkeiten in der Oberlausitzer  
Knopfindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Besanntmachungen.

## Sie haben alles wieder vergessen!

Der Ausfall der Reichstagswahl läßt mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, wie vergeblich weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft sind. Am vergänglichsten aber sind anscheinend die meisten Arbeiterfrauen. Das dem so ist, beweist nicht nur die Reichstagswahl, sondern auch mancherlei Vorkommnisse des täglichen Lebens. Jeder Tag bringt dem aufmerksamen Beobachter stets neue Beweise für die Gedankenlosigkeit, Oberflächlichkeit und Urteilslosigkeit des größten Teils unseres Volkes. Damit nun diese geradezu unverständliche Vergeßlichkeit, an der die arbeitende Bevölkerung leidet, nicht noch dem ganzen Volke zum Verderben wird, wollen wir versuchen, der Arbeiterschaft das Erinnerungsvermögen ein wenig aufzufrischen. Denn gerade die reaktionären Arbeiterfeinde sind es, die auf diese Vergeßlichkeit spekulieren, um die vielen Vergeßlichen für sich einzufangen und ihren kapitalistischen Interessen dienlich zu machen.

Die bürgerlich-kapitalistische Presse sowie die Parlaments- und Versammlungsredner der bürgerlichen Parteien behaupten Tag für Tag: an dem militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands sei einzig und allein die Sozialdemokratie, oder wie man in neuerer Zeit so schön sagt: der Marxismus schuld. Für alles Elend, das während und nach dem Kriege über uns hereingebrochen ist, für alle Not, die uns bisher heimgesucht hat, wird der Marxismus verantwortlich gemacht. Unter Marxismus versteht das Bürgertum die sozialistische Partei und die Gewerkschaften.

Wenn bürgerliche „Politiker“ solchen Unnuz verzapfen und derartige sinnlose Behauptungen aufstellen, so darf das nicht wundernehmen. Die Angst vor dem Sozialismus zwingt das Bürgertum, die sozialistische Arbeiterbewegung zu verleumdern. Anders dagegen liegen die Dinge, wenn Arbeiter den falschen Propheten, die da dem Volke aus dem bürgerlichen Lager ertöndend sind, Glauben schenken und mit fliegenden Fahnen zu den Feinden des Volkes übergehen. Darin liegt eine große uns allen drohende Gefahr.

Um zu begreifen, wie es möglich war, daß die veränderte Auffassung über die Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft Platz greifen konnte, ist es notwendig, den Lauf der Entwicklung der letzten Jahre festzuhalten. Vor allem gilt es darauf hinzuweisen, wie es früher war und wie es heute geworden ist. Schon in der Vorkriegszeit war es Übung im Deutschen Reich, daß die arbeitende Bevölkerung den größten Teil der steuerlichen Lasten zu tragen hatte. Politisch und wirtschaftlich waren die deutschen Arbeiter völlig entrechtet. In dem sehr häufig von Wirtschaftskrisen heimgesuchten Deutschland waren Elend und Not ständige Gäste in den Familien der Arbeiter. Woran liegt es nun, daß es in dem politisch, sozial und wirtschaftlich so rückständigen Deutschland noch schlimmer werden konnte, als es vordem schon war? Die erschöpfendste Antwort auf diese Frage geben die drei inhaltsschweren Worte: Der verlorene Krieg! Und damit kommen wir zu den eigentlichen Ursachen unseres neuzeitlichen Niederganges, unter dem weite Volkskreise so schwer leiden müssen.

Als nach dem katastrophalen Zusammenbruch des preussisch-deutschen Militarismus der ganzen Welt und damit auch dem deutschen Volke offenbar wurde, wie jämmerlich die Kriegsführung der obersten Heeresleitung verlagert hat und wie schamlos die Deffenlichkeit die ganzen Kriegsjahre hindurch belogen und betrogen worden war, brauste ein Sturm der Entrüstung durch Deutschland. Alle Bevölkerungskreise waren gleichmäßig enttäuscht und erbittert. Vor allem wirkte diese Enttäuschung in Heer und Marine derart demoralisierend, daß ein Zusammenhalten der Heeresmassen unmöglich erschien. Die bis dahin von vielen Deutschen als himmlische Offenbarungen angesehenen täglichen Heeresberichte der obersten Heeresleitung, in denen in stets neuer Variation der endgültige Sieg Deutschlands und die unermessliche Niederlage der Entente verkündet wurde, waren nunmehr als plumper Schwindel entpuppt. Die Schuppen fiel es damals dem gesamten deutschen Volke von den Augen, als sie sahen, daß statt des „zum Greifen nahen Sieges der deutschen Waffen“ nur der Abbruch eines schleunigen Waffenstillstandes die deutschen Armeen vor völliger Vernichtung bewahren konnte. Um letzteres zu verhindern, mußten selbst die härtesten Waffenstillstandsbedingungen geschluckt werden.

Diesem Umstand war und ist es zuzuschreiben, daß Millionen Deutsche, ohne daß sie selbst Republikaner sind, sich mit dem Umsturz in Deutschland einverstanden erklärten. Ja noch mehr: Von Millionen Deutschen wurde dieser Umsturz geradezu als eine befreiende Tat begrüßt. Man hielt es für ganz selbstverständlich, daß ein so verlottertes Staats- und Regierungssystem, das sich nur noch durch systematische Unterdrückung der Wahrheit zu halten vermocht hatte, keine Existenzberechtigung mehr haben konnte. Mit grenzenloser Verachtung gedachten damals die weitesten Volkskreise der Presse, die durch ihre Berichterstattung über die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands mit dazu beigetragen hatte, daß das gesamte Volk die tatsächlichen Verhältnisse nicht einmal ahnte. Darum konnte man denn auch in jenen Tagen viel tausendfach die hoch und heilig abgegebene Versicherung hören: „Niemals werden wir uns wieder in so unerschämter Weise belügen und betrügen lassen! Diese Lügenpresse kommt uns nicht wieder ins Haus! Vor allem aber werden wir den Reden und Beteuerungen sogenannter „vaterländischer“ und „patriotischer“ Herrschaften nie mehr Glauben schenken!“ Pessimisten und Schwarzseher wurden mit der im zornigsten Ton abgegebenen kategorischen Erklärung: „Was wir während des Krieges gesehen, erlebt und erfahren haben, werden wir nie wieder vergessen!“ zum Schweigen gebracht.

Leider haben die Zweifler Recht behalten. Heute ist alles genau wieder wie früher. Die Führung der öffentlichen Meinung haben bürgerliche Politiker und die bürgerliche Presse, die an allem Unglück Deutschlands die allein Schuldigen sind, von neuem übernommen. Ohne eigenes Urteil nimmt die große Masse des Volkes alles für bare Münze, was ihr von jener Seite tagtäglich an Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen über die Ursachen unseres Elends aufgetischt wird. Gutgläubig läßt sie sich wieder von der ehemaligen Kriegsberichterstattung, den Stappentoffen und Heimkehrern hinter und vorn belügen. Dieselben Kreise, die nichts vergessen wollten, haben reflexlos alles vergessen und man hört von ihnen nur noch den Stoßfussler: „D, über diese Republik! Ja, als wir noch unseren Kaiser hatten, da war doch alles, alles besser!“ Angesichts dieser Vergeßlichkeit, Unzuverlässigkeit und Wandlungsfähigkeit vieler unserer Volksgenossen erscheint es uns angebracht, einmal kurz den die Vergangenheit verhüllenden Schleier zu entfernen, um den allzu Vergeßlichen zu zeigen, daß wir doch noch immer einzig und allein nur unter den Kriegsschulden zu leiden haben

und daß somit die früheren Kriegstreiber und Durchhaltepolitiker schuldig zu sprechen sind und nicht die Marxisten.

Als der Weltkrieg ausbrach, in den wir dank der Unfähigkeit unserer Diplomatie und infolge des ewigen Säbelrassens unserer Militärs hineinschlitterten, begann das Unglück Deutschlands. Der Ausbruch des Krieges zeigte, daß unsere Diplomaten es fertig gebracht hatten, Deutschland völlig isolieren und einkreisen zu lassen. Nur bankrotte Staaten hielten noch zu uns. Weiter zeigte es sich, daß die Heeresleitung kein Augenmaß für das wirklich Erreichbare besaß und daß die Marine noch lange nicht schlagfertig genug war, um in dem furchtbaren Ringen erfolgreich wirken zu können. Trozdem wurde Amerika provoziert, so daß dessen Eingreifen in den Weltkrieg Deutschlands Schicksal besiegelte.

Die Kriegsfinanzpolitik Helfferichs und der Kriegsanzleihschwindel brachten es mit sich, daß Deutschland am Ende des Krieges eine ungeheure Schuldenlast zu tragen hatte, die den Grund zu der späteren Inflation legte. Außerdem hat dieser Kriegsanzleihschwindel den keinen Mann um seine ganzen Ersparnisse gebracht und den Ruin des Mittelstandes und der Kleinrentner herbeigeführt.

Kriegslieferanten und sonstige Unabkömmliche, die dank ihrer guten Verbindungen den Schützengräben nicht zu fürchten hatten, waren für Fortführung des Krieges, an dem sie gut verdienten, bis zum Weißbluten.

Je länger der Krieg dauerte, desto schwieriger gestaltete sich die Ernährung der arbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung. Das Volk hungerte und darbe, Laufende und aber Laufende gingen an Unterernährung zugrunde. Für das Volk gab es nur schlechtes Brot und Marmelade, Dörrgemüse und Stedrüben, wenig Kartoffeln, fast gar kein Fleisch und Fett, weder Butter, Milch, Eier, Käse und Zucker. Holz und Kohlen wurden rationiert und waren damit für die unteren Volksklassen nicht mehr vorhanden.

Dafür wurde die Arbeiterschaft schlecht behandelt. Das Verhalten der Gemeinde- und Staatsbureaucratie den Erwerbslosen gegenüber war oftmals ein Standa. Die Kriegerfrauen wurden beschimpft und in ihrer Ehre herabgewürdigt. Das Bürgertum behauptete von ihnen, die in banger Sorge nur an ihre Lieben draußen im Felde dachten, sie seien nach- und vergnügungssüchtig. Man redete ihnen nach, daß sie ihr Geld nur in Bonbons, Schokoladen, Kuchen, Torten und Schlagsahne anzulegen und in die Kinos zu tragen verständen. Das alles wagte man den Kriegerfrauen nachzusagen, die mit ihrer geringen Unterstützung auf das sorgfältigste haushalten mußten.

Dem Bürgertum dagegen fehlte es an nichts. Sie hatten als Selbstverwalter ausreichend zu leben, oder sie bekamen, weil zahlungsfähig, von hinten herum alles, was sie zum Leben brauchten. Es hantelte und stahl dem Volke alle Nahrungsmittel und Bedarfsartikel weg, die es irgend erreichen konnte.

Später, in der Nachkriegszeit, hat dann Havenstein als Leiter der Reichsbank und getreuer Schildehalter von Stinnes die Inflation mit allen ihren unheilvollen Begleiterscheinungen herbeigeführt, deren Heldenbrave Helfferich, der böse Geist des deutschen Volkes, durch seine unverantwortliche Finanzpolitik während des Krieges gut vorbereitet hatte. Zweck der Übung war, das deutsche Volk völlig zugrunde zu richten und es für die Revolution so zu bestrafen, daß es nicht mehr widerstandsfähig sein würde, weitere und neue Verbrechen der Reaktion abzuwehren.

Daß der bürgerlichen Reaktion das frevelhafte Spiel so leicht gelingen konnte, liegt am deutschen Volke selbst. Stinnes, Hugenberg und andere Vertreter der Schwerindustrie haben fast die gesamte bürgerliche Presse aufgekauft und beeinflussten dadurch die öffentliche Meinung in ausgiebigstem Maße. Bei dem unpolitischen Sinn des deutschen Volkes und seiner Vergeßlichkeit war das nicht allzu schwer. Die Folgen dieser systematischen Verhöhnung der Bevölkerung machen sich schon seit Jahren in recht unangenehmer Weise bemerkbar. Die Teuerung wird immer unträglicher und die Entrechtung und Unterdrückung kennt kaum noch Grenzen. Nach dem Grundjah: Teile und herrsche hat das Bürgertum erst das Vertrauen der Arbeiterschaft zur eigenen Kraft erschüttert. Dann hat es Uneinigkeit und Zwietracht in die Reihen der Arbeiter getragen, und so ist es ihm gelungen, seine alte Macht wieder aufzurichten, zu befestigen und zu erneuern.

Die vom Bürgertum immer von neuem wieder aufgestellte und in Arbeiterkreisen auch geglaubte Behauptung, daß die Sozialdemokratie nichts versteht, daß sie ihre Macht mißbraucht habe und lediglich ihre Unfähigkeit an allem schuld sei, wird am besten durch die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1871 bis 1924 widerlegt. Aus folgender Aufstellung geht hervor, wieviel Stimmen die Sozialdemokratie bei jener Wahl (absolut und prozentual) erhalten hat:

Jahr	Stimmen gültig Summ. in 1000	Soz. D.	Anteil an d. g. Stimm. entfallen auf Arbeit- partei in 1000	Proz. d. gültig. Stimm.
1871	8 888	Soz. D.	124	3,2
1874	5 190	„	352	6,8
1877	5 401	„	493	9,1
1878	5 761	„	437	7,6
1881	5 098	„	312	6,1
1884	5 668	„	550	9,7
1887	7 541	„	763	10,1
1890	7 229	„	1 427	19,7
1893	7 664	„	1 787	23,3
1898	7 753	„	2 107	27,2
1903	9 496	„	3 011	31,7
1907	11 263	„	3 259	28,9
1912	12 208	„	4 250	34,8
1919	30 400	S. P. D.	11 509	37,6 Proz.
Rat. Verf.		U. S. P.	2 317	7,6 „ 13 826
1920	27 685	S. P. D.	6 104	22,0 Proz.
		U. S. P.	4 971	18,0 „
		R. P. D.	552	2,0 „ 11 627
1924	29 388	S. P. D.	6 014	20,5 Proz.
		U. S. P.	235	0,8 „
		Soz. Vb.	26	— „
R. P. D.	3 747	12,8 „ 10 022	34,1	

Diese Zahlen beweisen, daß die Sozialdemokratie niemals die politische Macht im Reich besessen hat. Es gab vielmehr in jedem Reichstag stets eine ausschlaggebende bürgerliche Mehrheit. Infolge der politischen Uneinigkeit der deutschen Arbeiterschaft hat es diese bürgerliche Reichstagsmehrheit denn auch immer verstanden, ihren Vorteil auszunutzen und ihren Willen durchzusetzen. Diemeil die Arbeiter sich gegenseitig bekämpften, hat das Bürgertum an dem Wiederaufbau und der Befestigung seiner Macht gearbeitet.

Dieses zielbewusste Streben des Bürgertums, verlorene Machtpositionen zurückzuerobieren, sollte der Arbeiterschaft Anlaß geben, es jenen gleichzutun. Dazu gehört Einigkeit und Geschlossenheit. Nur wenn wir einig und geschlossen dastehen, sind wir eine unüberwindliche Macht. Darum richten wir die erste Mahnung an alle Arbeiter:

Hütet Euch vor dem Bürgertum! Vergeßt nicht, was das Bürgertum Euch angetan hat! Seid einig und haltet dem Sozialismus im allgemeinen, den Gewerkschaften in besonderen die Treue!

## Zum 11. August!

Am 11. August 1919 wurde in der Nationalversammlung zu Weimar mit überwältigender Mehrheit die neue Verfassung der deutschen Republik angenommen. Auch die bayerischen Abgeordneten, mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei, stimmten der Verfassung zu, an der heute die bayerische Regierung, wie ihr Innenminister mit dreifacher Stimm dieser Tage erklärte, keine reine Freude mehr habe. Das Verfassungswerk zielt ab auf eine soziale Demokratie. Alle Strömungen innerhalb des Volkes sollen die Möglichkeit haben, um Gefolgschaft zu werben. Auf der Plattform des Parlaments sollen mit geistigen Waffen die verschiedenen politischen Richtungen um die Macht ringen. Die gleiche parlamentarische Plattform aber gewährleistet gleichzeitig einen lebendigen Ausgleich der verschiedenen Interessen, der in den jeweiligen Reichsregierungen seine Verwirklichung finden soll. Keine Bevölkerungsschicht war nach dem Willen der Verfassung mehr dem Schicksal ausgeliefert, unterdrückt und politisch entrechtet zu sein; diese Reichsverfassung sollte Verfolgungen von der Art etwa des deutschen Sozialistengesetzes ein für alle mal ausschließen. Als Träger der Staatsmacht hatte der Wille des gesamten Volkes zu gelten. Kein Fürst, den nicht Kräfte des Geistes und Willens, sondern nur der Zufall seiner Geburt zur Regierung berufen hatte, durfte mehr hoffen, mit seinen willkürlichen Einfällen — von der Art derjenigen Wilhelms II. — über das Volk unermessliches Unheil heraufbeschwören zu können. Zu tiefen politisch-demokratischen Gedanken gestiegen sich in der Verfassung soziale Grundzüge. Artikel 119 stellt kinderreichen Familien den Anspruch auf ausgleichende Fürsorge in Aussicht. Die Jugend soll nach Artikel 122 gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung geschützt werden. Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß, wie Artikel 151 sagt, den Grundgesetzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung für ein menschenwürdiges Dasein entsprechen. Wucher ist nach Artikel 152 verboten. Und wie verheißungsvoll lautet doch der 3. Abschnitt des Artikels 153: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.“ Danach stellt also Eigentum nicht nur ein Grundrecht, sondern auch eine Grundpflicht gegenüber der Gesamtheit dar. Nach Artikel 155 wird die Verteilung und Nutzung des Bodens von Staats wegen in einer Weise überwachet, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zutreibt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung und Wirtschaftsmittel zu sichern. Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens wird als eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft erklärt. Gemäß Artikel 156 kann das Reich im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen, mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Reichsgestaltung, sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundgesetzen zu regeln. Die Arbeitskraft wird durch Artikel 157 unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt. Die Einschränkung der Koalitionsfreiheit wird durch Artikel 159 als rechtswidrig erklärt. Artikel 161 verpflichtet zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterchaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten durch das Reich zu schaffen. Daß das Auftreten des deutschen Regierungsvorgängers auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf verfassungswidrig war, geht aus Artikel 162 hervor, der sagt: „Das Reich tritt für eine zwischenstaatliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter ein, die für die gesamte arbeitende Klasse ein allgemeines Mindestmaß der sozialen Rechte erstrebt.“ Nach Artikel 163 soll jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Artikel 165 gar macht dem wirtschaftlichen Rätegedanken weitgehendste Zugeständnisse. Die Arbeiter und Angestellten, so heißt es hier, sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Gewiß hatte der Reichspräsident recht, wenn er die Weimarer Verfassung, in Rücksicht auf ihre inneren Tendenzen, ihren innewohnenden Geist, als die freieste Verfassung der Welt bezeichnete. Das Mißliche lag nur darin, daß diese Verfassung, so wie sie gedacht war und wie ihre inneren Tendenzen liefen, eigentlich niemals so recht in Kraft war. Als sie beschlossen wurde, herrschte in vielen Teilen Deutschlands der Ausnahmezustand. Von der Aufhebung grundlegender Verfassungsparagrafen, die dem Ermessen des Reichspräsidenten anstand, wurde vielleicht allzu reich Gebrauch gemacht. Der Artikel 48 der Reichsverfassung gibt dem Reichspräsidenten das Recht, bei erheblicher Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die in den Artikeln 114 (Freiheit der Person), 115 (Unverletzlichkeit der Wohnung), 117 (Brief- und Postgeheimnis), 118 (Meinungsäußerung, Presse, Zensur), 123 (Versammlungsfreiheit), 124 (Vereinssfreiheit) und 153 (Gewährleistung des Eigentums) festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft zu setzen.

Wenn die Dinge in Deutschland diesen Verlauf nahmen, so hing das zusammen mit dem Erstarken der reaktionären Gewalten, die sich zu einem engen Bündnis zusammenschlossen, um dem Geist der Demokratie und der sozialen Fürsorge Abbruch zu tun. Der bayerische Separatismus setzte sich gegen die republikanische Reichsgewalt zur Wehr, von der er eine freiheitliche Gestaltuna auch der politischen Verhältnisse in Bayern befürchtete. Die Monarchisten, die abgedankten Generale, die in ihrer Autorität beeinträchtigten hohen Staatsbeamten wollten wiederum den alten verrotteten Geist des Obrigkeitstaates zu neuem Leben erwecken. Es wurde gegen die republikanische Reichsgewalt gekämpft und gekämpft; Bayern lockerte das Reichsgefüge auf, die Schwerindustrie arbeitete an der Verelendung der sozialen, wirtschaftlichen und damit politischen Schwächung der Arbeiterschaft, die Monarchisten suchten die Stimmung des Volkes gegen den republikanischen Gedanken aufzupeitschen und die Sehnsucht nach der alten Monarchie zu beleben. In ihren Mitteln war die Reaktion nicht wählerisch. Bayern rebellierte gegen das Reich stets, wenn die Reichsregierung sich in den größten außenpolitischen Verlegenheiten befand; je stärker Frankreich auf die Reichsgewalt drückte, desto unbotmäßiger verhielt sich Bayern. Die Schwerindustrie sabotierte die Reparationszahlungen, rief dadurch Sanktionen, zum Schluß die Ruhrbesetzung hervor und verbündete sich am

Ende gar zur Beseitigung der sozialen Rechte der Arbeiterschaft mit französischen Generalen. Die Monarchisten griffen zur Waffe des Menschelmordes. Arco, ein Angehöriger des hohen Feudaladels aus der Umgebung Rupprecht Wittelsbachs war der erste in der langen Reihe der reaktionären Mordtaten. Durch diese Mordtaten, denen Erzberger und Rathenau zum Opfer fielen, sollten die Republikaner eingeschüchtert werden.

Man kann nicht leugnen, daß die Tätigkeit der Reaktion große Erfolge erzielte. Die Reichswehr, die bewaffnete Macht des Reiches, erfüllte sich mit monarchistischer Gesinnung und wurde zu einem gefügigen Werkzeug der Schwerindustrie, das jederzeit, wie Sachsen und Thüringen zeigen, gegen die republikanische Arbeiterschaft eingesetzt werden konnte. Die Beamtenchaft, die von der Republik das Gehalt bezog, wirkte gegen die Republik. Heute hat die deutsche Republik einen Reichsinnenminister, der aus seiner Gegnerschaft gegen die Republik kein Hehl macht, und der gar nicht daran denkt, Bayern, das die Verfassungsfeiern verbietet, zur Reichenschaft zu ziehen und zum Gehorsam zu zwingen. Der Reichstag des 4. Mai hat keine republikanische Mehrheit. Noch immer werden zwischen den Reichsparteien Verhandlungen geführt, die eine innerlich monarchistisch gefärbte Bürgerblockregierung zustande bringen sollen.

Wenn die Republik im Laufe der verfloffenen Jahre solche Schädigungen und Schwächungen erlitt, so lagen die Ursachen doch nicht allein in innerpolitischen Verhältnissen. Alle die vielfältigen reaktionären Kräfte hätten nicht jenes Gewicht, jene Durchschlagkraft entfalten können, mit deren Hilfe sie vorwärtsdrangen, wenn ihnen nicht die Entwicklung der außenpolitischen Umstände zugute gekommen wäre. Die deutsche Republik erlebte eine außenpolitische Demütigung nach der andern. Sie wurde aufs furchtbarste von den streitbaren Mächten mißhandelt. Die deutsche Republik hatte Zuzunehmen, die bisher nur Regier- und zurückgebliebenen Kolonialvölkern auferlegt worden waren, über sich ergehen zu lassen. Diese außenpolitischen Niederlagen, Mißhandlungen, Demütigungen, erschütterten die Autorität der republikanischen Reichsgewalt und machten es den reaktionären Kreisen leicht, gegen sie anzukämpfen. Es wäre verfehlt zu verkennen, daß heute die Republik zu Tode bedroht ist und daß das Weimarer Verfassungswerk nur gewissermaßen eine Forderung darstellt, die in der Wirklichkeit nicht erfüllt ist.

Es liegt an der Arbeiterschaft, der Weimarer Verfassung zu wirklichem und vollem Leben zu verhelfen. Deshalb streben wir eine Reinigung der internationalen Atmosphäre auf dem Verhandlungswege an, um in Zukunft den republikanischen Reichsregierungen die außenpolitischen Mißhandlungen zu ersparen. Im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erblicken wir eine republikanische Bewegung, die den reaktionären Mächten sich entgegenwirft und den Uebermut der Reaktion zu brechen vermag. Noch ist die Weimarer Verfassung formell in Kraft. Wer sich gegen sie vergeht, hat immer noch den Anschein ungelegenen Handelns für sich. Was das bedeutet, mußten im vergangenen Herbst Ludendorff und Hüder erleben, die Schiffbruch erlitten, weil ihr Vorgehen, obwohl es die tiefste Sympathie des Bürgertums für sich hatte, den Charakter des strafbaren Hochverrats an sich trug. Würde die Weimarer Verfassung beseitigt sein, so wäre die deutsche Arbeiterschaft hilf- und rettungslos dem Willen der Reaktion ausgeliefert. Die Reaktion könnte bei ihren Gewalttaten ein vollkommen gutes Gewissen besitzen, während sie heute noch gezwungen ist, mit einer gewissen Scheu, Vorsicht und Behutsamkeit zu verfahren. Die Arbeiterschaft kämpft um ihre eigenen Lebensinteressen, wenn sie sich für die Weimarer Verfassung einsetzt. Es ist des Abbaues der Verfassung genug. Wenn die Weimarer Verfassung heute vielfach nur Schein ist, so gibt das kein Recht, sie zu schmähern, im Gegenteil, die Arbeiterschaft hat die Pflicht, alles einzusetzen, um sie mit Rührigkeit und Nachdruck endlich aus ihrem Scheinsein in ein reales Dasein zu führen. Diesen Kampf kann die Arbeiterschaft mit Aussicht auf Erfolg nur führen, wenn sie sich mit vollem Herzen auf den Boden der Weimarer Verfassung stellt. Was man selbst innerlich mißtrauisch betrachtet, dafür kann man sich nicht begeistern, dafür kann man sich auch nicht mit seiner letzten Kraft einsetzen. Das Bürgertum fühlt sich als Feind der Weimarer Verfassung; schon allein das ist Grund genug für die Arbeiterschaft, sich rückhaltlos zur Weimarer Verfassung zu bekennen.

### Nach zehn Jahren.

Bismarck hatte immer eine starke Empfindung für die gefährliche Lage des Deutschen Reiches gehabt. Er wußte was es für ein Reich bedeutete, ungezügelt Grenzen zu haben, dem kontinentalen Druck zahlreicher mächtiger Nachbarn ausgesetzt zu sein. Seine Politik war seit 1871 vorsichtig; sie war darauf eingestellt, das was Deutschland hatte, zu verteidigen. Aus diesem Grunde erstrebte sie Sicherungen nach allen Seiten. Bismarck schloß den Dreibund ab, ging mit Rußland den Rückversicherungsvertrag ein und trat gleichzeitig auch mit England in ein Verhältnis, indem er das Mittelmeerabkommen, das zwischen Oesterreich, Italien und England zustande kam, begünstigte. Es ist bekannt, daß Bismarck der Auffassung war, Konstantinopel sei nicht die Knochen eines pommerischen Musketiers wert, daß er ferner nur mit Unbehagen eine deutsche Kolonialpolitik einleitete, und daß er von einem Ausbau der deutschen Flotte, durch den England gereizt und herausgefordert werden mußte, nichts wissen wollte. Die Sorgen um die Zukunft dieses gefährdeten Deutschlands beunruhigten Bismarck in vielen schlaflosen Nächten.

Die Nachfolger Bismarcks waren sorglos und unbedenklich. Caprivi gab den Rückversicherungsvertrag preis. Hohenzollern erwarb dem Deutschen Reich die Feindschaft Japans durch die tückische Politik während des Friedensabchlusses von Schimonoseki. Wilhelm II. brachte durch tatlose Reden und unüberlegte Handlungen die ganze Welt gegen Deutschland auf. Man kann nicht sagen, daß Deutschland auf den Krieg abichtlich und bewußt hingearbeitet hätte. Die deutschen Machthaber empfanden gewiß, daß Deutschland bei einem Kriege nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren hätte. Aber Deutschland trieb eine Politik, die so gottverlassen von allem politischen Instinkt und aller politischen Intelligenz war, daß die übrigen Mächte förmlich gedrängt wurden, sich gegen dieses Deutschland zusammenzuschließen. Bismarck legte Wert darauf, die Hände gegen Osten und Westen frei zu halten. Er verkannte durchaus, daß sich zwar England bei seiner Inselage eine Politik der glänzenden Isolation leisten konnte, daß aber für Deutschland die Isolation den Untergang bedeute. Die Dinge spitzten sich seit 1902, nachdem Deutschland die Annäherungsversuche Englands zurückgewiesen hatte, immer bedrohlicher zu. Deutschland erfaßte nicht, wie die Weltlage von Jahr zu Jahr ungünstiger für es wurde. Dabei hatte es sich an Bundesgenossen geföhnt, die nichts weniger als verlässlich waren. Italien, das seine Rüste durch ein feindliches England in Gefahr sehen muß, tanzte seine Extratouren, nachdem sich die englische Politik gegen Deutschland orientiert hatte. Oesterreich-Ungarn verank in einen unaufhaltamen Fäulnisprozess. Da war es der Gipfelpunkt politischer Torheit, als Deutschland am 5. Juli 1914, nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger, der österreichischen Politik eine Blankovollmacht ausstellte. Oesterreich richtete sein frivoles Ultimatum an Serbien, von dem es selbst nicht wünschte, daß es angenommen werden möge. Als man in Berlin plötzlich die Gefahr sah, die durch die österreichische Verbündeterpolitik heraufbeschworen wurde, wollte man schleunigst bremsen. Aber es war zu spät. Der Krieg brach aus. Jener entsetzliche Krieg, bei dem eine ganze Welt gegen Deutschland mobilisiert wurde. Die Kräfteverteilung war zu ungleich; die deutsche Niederlage war von Anfang an, in Anbetracht der Ueberzahl der Feinde, gewiß. Während des Krieges litt Deutschland wiederum an der Ueberföhigung seiner Machtfrage. Es mochte zum Frieden geneigt sein, aber es war dann doch nicht zu jenen Opfern bereit, durch deren Preisgabe allein ein Frieden ohne Sieger und Besiegte hätte erkauft werden können. Unägliches Blut floß; die Weltstellung

Deutschlands wurde von Grund auf vernichtet; die Zukunft Deutschlands wurde in grauenvoller Weise verpielt.

Das deutsche Junker- und Bürgertum hat durch seine Politik von 1890 an dargelegt, daß es nicht die Fähigkeit besitzt, das deutsche Volk zu führen. Wiederum sehen wir gegenwärtig diese bankrotten Bevölkerungsschichten an Werte, nach der Macht innerhalb der deutschen Republik zu greifen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß neues Verhängnis über Deutschland hereinbräche, wenn der deutschen Reaktion die Macht in die Hände fielle. Unendliches steht auf dem Spiel. Es ist notwendig, daß in der deutschen Arbeiterschaft der Wille zur Macht dergestalt kraftvoll wird, daß sich die Arbeiterschaft die politische Führung neu erobert. Nur so können wir der Weiterentwicklung der Dinge mit halbwegs ruhigem Herzen entgegensehen.

### Die Londoner Konferenz.

Lassenrand, der nach dem napoleonischen Zusammenbruch 1814 das besiegte und niedergeworfene Frankreich als Gefandier auf dem Wiener Kongreß vertrat, beherrschte diesen Kongreß. Die politischen Verhältnisse Europas wurden mehr nach den Absichten und Interessen des besiegten Frankreich als nach den Bedürfnissen der siegenden deutschen Staaten geordnet.

Auf der Londoner Konferenz soll das Schicksal Deutschlands auf Generationen hinaus bestimmt werden. Es wird darüber verhandelt, was Deutschland zu leisten hat, wie es ihm ergehen soll, welcher politische Handlungsspielraum ihm noch eingeräumt wird. Bei diesen Verhandlungen aber, die doch wohl kaum für irgendeine Macht lebenswichtiger sein können, als sie es für Deutschland sind, fehlt Deutschland an Verhandlungstisch. Man hat nach der Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei in England und nach den französischen Kammerwahlen vom 11. Mai wohl gesagt, daß nunmehr eine neue Epoche der internationalen Beziehungen anbrechen. Eine bessere, gesündere internationale Atmosphäre wurde erhofft. Es wurde davon geträumt, daß nunmehr mit Deutschland auf dem Fuße der Gleichberechtigung verkehrt und verhandelt werde. Ueberall brachen in Deutschland neue Hoffnungen und — sagen wir nur gleich — neue Illusionen hervor. Es wurde vergessen, daß im englischen Parlament die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben und daß Macdonald nichts gegen den Willen der bürgerlichen Parteien unternehmen kann. Sobald er die Lebensinteressen der englischen Bourgeoisie irgendwo gefährden würde, wäre sein Sturz gewiß. Herriot stützt sich auf das französische Kleinbürgertum, das gar nicht daran denkt, sich zu irgendwelchen Verzicht zu bequemen, die Deutschland zugute kommen könnten.

Die Gebanten Macdonalds und Herriot werden gewiß nicht von der Absicht beherrscht, Deutschlands Los zu verbessern. Sie stehen ganz unter dem Banne des englisch-französischen Egoismus. Frankreich ist heute die militärische Vormacht auf dem europäischen Festlande. Es beherrscht die europäischen Kohlen- und Eisenerzgruben; seine nordamerikanischen Besitzungen, die von Regetruppen gedeckt sind, drücken auf Ägypten, das Rückgrat des englischen Weltreiches. Es will sich die große politische Stellung nicht mehr rauben lassen, die es sich 1918 erwarb. England hingegen denkt nicht daran, dieses nun gefährlich gewordene Frankreich noch gefährlicher werden zu lassen. Es stimmt darauf, wie die Macht Frankreichs eingeschränkt werden könnte. Dabei setzt es die starke finanzielle Abhängigkeit in Rechnung, in die Frankreich den angelsächsischen Mächten gegenüber geraten ist.

Im Hintergrunde erwägt England zweifellos, wie Deutschland eines Tages in Englands Sold gegen Frankreich ausgespielt werden könne.

Frankreich hat für diesen Plan Englands ein feines Gefühl. Wenn es den Einfluß der Reparationskommission geschickt wissen will, so hat es dabei im Auge, sich davor zu schützen, in einer anderen Körperchaft, wie z. B. der Finanzkommission des Völkerbundes, später einmal überstimmt oder gar an die Wand gedrückt werden zu können. Sein Verlangen nach Sicherheit, sein Anspruch auf das Recht, eigenmächtige Sanktionen gegen Deutschland verhängen zu dürfen, rühren davon her, daß es freie Hand behalten möchte, gegen Deutschland vorzugehen, wenn ein bedenkliches Zusammenarbeiten zwischen England und Deutschland wahrzunehmen ist. Es handelt sich in London also um den Austrag der englisch-französischen Gegensätze. Jeder der beiden Staaten möchte über den anderen das Uebergewicht bekommen. Wie es Deutschland ergehen soll, wird davon abhängen, zu welchem Ergebnis dieses englisch-französischen Ringens führen wird. Dieses Ausgeschaltetein Deutschlands bei der Beratung seines zukünftigen Schicksals macht uns deutlicher als sonst irgend etwas, wie ohnmächtig und hilflos Deutschland heute ist. Es ist nur politisches Objekt, kein politisches Subjekt mehr. Es kann nichts mehr tun, es muß nur noch mit sich geschieden lassen. Angesichts des kapitalistischen Geistes der Weltmächte ist es geradezu naiv zu glauben, daß diese Weltmächte ihre Ueberlegenheit über Deutschland nicht ausnützen und aus Deutschland nicht das herausholen werden, was irgendwie erpreßt werden kann. Stellen wir uns darauf ein, daß der Ertrag der Londoner Konferenz für Deutschland eine furchtbare Belastung darstellen wird. Würde uns das Gefühl rosigsten Optimismus erfüllen, so würden wir einer furchtbaren Ernüchterung und Enttäuschung nicht entgehen können. Wir müssen uns darauf einstellen, daß die Folgen unserer entsetzlichen Niederlage in aller Schwere über uns hereinbrechen werden und daß wir trotz oder gerade wegen der Londoner Konferenz viele Jahrzehnte hindurch drückende und blutausaugende Tribute an das Ausland bezahlen werden müssen. Wir sind ohnmächtig und können uns dagegen nicht wehren. Wir können nur hoffen, daß in späteren Jahren wieder einmal eine andere Lage der außenpolitischen Dinge eintreten wird, die es uns vielleicht erlaubt, die Fesseln abzuschütteln, unter denen wir jetzt seufzen.

### 11ter internationaler Textilarbeiterkongreß

Vom 18. bis 23. August wird in Wien der 11. Internationale Textilarbeiterkongreß stattfinden. Seine Tagesordnung wird sehr reichhaltig sein. Aus den Tagesordnungspunkten seien folgende um ihrer Bedeutsamkeit willen betont: Deutschland wünscht die Herausgabe einer Monatschrift der Internationalen Vereinigung der Textilarbeiter. Ferner beantragt Deutschland, den Kampf um die Erhaltung bzw. Wiedererringung der 46stündigen Arbeitswoche in der Textilindustrie aufzunehmen. Außerdem soll der Kampf um Schutz der Arbeiterinnen vor den Gefahren der Textilarbeit, besonders während der Schwangerschaftsperiode, ins Auge gefaßt werden. Frankreich wünscht eine Beratung über die Erhaltung des Achtstundentages. In Hinsicht auf die handelspolitische Lage der Textilindustrie liegt ein Vorschlag Deutschlands vor, das Thema Handelspolitik und Textilindustrie zu behandeln.

Wir wünschen den Beratungen des Textilarbeiterkongresses besten Erfolg und hoffen, daß hier der Blick dafür geschärft wird, daß alle industriellen Kämpfe der Zukunft unter internationalen Gesichtspunkten geführt werden müssen.

### Schwere Niederlage der Kommunisten.

Am 27. Juli fanden in Barmen die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung der Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Der Ausgang der Wahlen bedeutete eine empfindliche Niederlage der Kommunisten. Die Niederlage ist um so empfindlicher, als Barmen in der letzten Zeit im Textilarbeiterverband fast vollständig von den Kommunisten beherrscht wurde. Die Delegierten zum Verbandstag im April wurden ausschließlich von den Kommunisten gestellt. Bei einer Wahlbeteiligung von 25 Proz. erhielt die Amsterdamer Richtung 849 Stimmen und die Biste der

Kommunisten, welche unter dem Namen Opposition auftrat, brachte es auf 331 Stimmen. Die Generalversammlung der Filiale Barmen wird sich demnach aus 75 Vertretern der Amsterdamer Richtung und aus 39 Vertretern der sogenannten Opposition zusammensetzen.

### Die Atmosphäre reinigt sich.

Betrachtungen von H. Wehner, Gewerkschaftssekretär, Barmen-Eberfeld.

Nachdem am 15. Juni die Wahlen der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Barmen-Eberfeld im großen Saale der Stadthalle Eberfeld unter starker Beteiligung der Mitgliedschaften getätigt wurden und die oppositionelle Moskauer Richtung (Nies: Kommunistische Partei) mit großer Majorität durch die Amsterdamer Richtung niedergezwungen wurde, fanden nunmehr am 27. Juli die Vertreterwahlen der Barmen Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes ebenfalls statt. War die Niederlage der Kommunisten bei der Metallarbeiter-Wahlschlacht schon eine sehr große, so wurde die Niederlage bei den Textilarbeiterwahlen noch um ein erledliches verstärkt. Wir wollen noch daran erinnern, daß ebenfalls die Ortsverwaltung Barmen-Eberfeld des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei einer von den Mitgliedern geforderten Neuwahl des Vorstandes mit gut Dreierstimmigkeit den kurz vorher gewählten kommunistischen Vorstand restlos wieder auf die Seite wählte. Ueberrorits des Verbandes und Reichsgebiets sehen wir daselbst.

Diese Wahlergebnisse, die für die kommunistische Partei zwar Niederlagen, für die gesamte Gewerkschaftsbewegung aber Erfolge und Segnungen bedeuten, sind interessante, begrüßenswerte Symptome. Es ist bekannt, daß natürlich solche Resultate von dem Unterliegenden hinterher mit dem üblichen Demagogengeschrei auf Wahlbeeinflussung seitens des Gegners zurückgeführt werden, wie sich solches bei allen Wahlschlachten zeigt, wenn es sich bei dem Unterliegenden nicht um einen anständigen und ritterlichen Rivalen handelt. Wir können deshalb eventuelles Geschrei der KPD. von Wahlerror und Wahlbeeinflussung als eine von jener Seite beliebte, aber abgedroschene Methode mit einer Handbewegung abtun, wenn erforderlich mit Recht auf sie selbst anwenden. Zweck dieser Zeilen soll vielmehr sein, kurz zu unteruchen, worauf der Stimmungsumschlag bei den Mitgliedern in Wirklichkeit zurückzuführen ist.

Der „Die rote Tribüne“ (KPD-Organ des Wuppertals) vor den Metallarbeiter, und ebenfalls vor den jetzigen Textilarbeiterwahlen geteilt hat, wird — vorausgesetzt, daß er seinen Widerwillen über die „reizende Schreibweise dieses Aua-Arbeiterorgans wie dieser Presse überhaupt hat unterdrücken können — sicher haben feststellen können, daß sie diese Ortsverwaltungen (wie auch manche anderen), wie die Jäger das Fell des Wolfes in der Fabel, schon als sichere Erweiterung der Territorien der KPD. annektriert hatten. Daß hierbei das Tempo des Wunsches viel rascher war, als wie seine Erfüllung, ist nur ein kleines Malheur bei der Sache.

Die Zeitung selbst triefte von Verdächtigungen, Verunglimpfungen, Flegelien und Schmutzigkeiten, die gegen die Amsterdamer Richtung und ihre Führer, die großen wie die kleinen, geschleudert wurden. Mit Gift und Galle wurde systematisch die Atmosphäre verpeht und eine faktische Progromstimmung gegen die Führer der Gewerkschaften, die so schon unter den Aufgaben, die ihnen die Verhältnisse zuwiefen, eine schwere Bürde zu tragen hatten, erzeugt; ist die Masse doch an vielen Orten wie auch in Barmen-Eberfeld durch diese Verhörungen zu Täuschlichkeiten und Brutalitäten gegenüber ihren verantwortungsvollsten Führern in blindem Fanatismus vorgegangen. Andererseits sind natürlich viele tausend Opfer auf Grund der Verpehung dieser Presse hinter Kerkermauern verschwunden, während die geistigen Inspiratoren und intellektuellen Drahtzieher ungefragt und ungerochen ausgingen als die tapferen Stragelen ihrer Politik. Mit einer geradezu staunenerregenden, unbedenklichen Strupellosigkeit ging man bei der Wahl der Mittel vor; der Zweck war eben alles!

Wir finden fast in jeder Art von Zeitungen immer noch eine Portion von Anstand auch bei der schärfsten Kritik dem Gegner gegenüber gewahrt. Anders bei den kommunistischen Presserepübliken! Dem Kenner ist das natürlich verständlich! Wer dauernd und unentwegt nur in Unmoral und Schmutz bis an die Ellbogen herumwühlt, dem wird nämlich letzten Endes dieser Schmutz zum Lebenselixier.

Wir haben es seit langer Zeit aus Reinlichkeitsgründen abgelehnt, auf die Anrempelungen, Verdächtigungen und Flegelien der kommunistischen Presse einzugehen. Wenn trotzdem vorstehende scharfen Bemerkungen von mir gemacht worden sind, so nicht in dem Vorhaben, in das von der KPD. so sehr beliebte Milieu hinabzusteigen, sondern in dem, die Dinge zu sehen, wie sie eben wirklich sind. Es liegt also nicht an mir, wenn sie sich so unangenehm lesen.

Und wie sah es nach der Wahl des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus?

In der kommunistischen Presse eifiges, beängstigendes Schweigen! Diese Zeitung hatte sich durch ihre vorherige Schreibweise so festgerannt, daß ihr keinerlei Art von Beurteilungsmöglichkeit nach der Wahl mehr blieb, ohne nicht selbst trotz aller Vorsicht an die erlittene Blamage zu stoßen. Hätte sie die Wahlpropaganda vorher sachlich und mit Anstand geführt, wäre ihr nach der Wahl eine sachliche Kritikmöglichkeit geblieben, vorausgesetzt natürlich, daß Anlaß hierzu vorhanden war.

So aber war die Blamage nach allem Vorangegangenen eben vollständig und Schweigen das allein Gebotene.

Wir geben zu, daß, wenn die Wahlen damals im oder direkt nach dem Streit getätigt worden wären, die kommunistische Partei ganz enorme Erfolge gehabt hätte.

Doch hiermit zu prunken, wäre direkt kindisch. Es war bei der damaligen Stimmung der Arbeiterschaft, wo alles auf sie einströmte: Arbeitszeiterlängerung, Erwerbslosigkeit, schlechte Entlohnung usw., jedem klar, der sich mit solchen Dingen befaßt, daß derjenige, der an Beschimpfung der verantwortlichen Personen und an Verpöndungen jeder Art das Maul recht voll nahm, von den verzweifeltsten Arbeiterschichten als der rettende Apostel angesehen wurde.

Und an solchen Aposteln, wohl ausgestattet mit dem kommunistischen Rüstzeug, hat es damals und zu keiner Zeit bei der KPD. wahrlich nicht gefehlt.

Jedoch bei kühlerer Betrachtung der Dinge, ferner bei klarer Beurteilung der verzweifelt-verzwickten innen- und außenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme Deutschlands mit ihren Begleitumständen, sodann aber auch in Erkenntnis der totalen Unproduktivität und Unfruchtbarkeit der kommunistischen Parlamentspolitik in Reich, Staat und Kommune (ich will hier an die mit brillanter Clownfertigkeit gespielten Bisipagtomödien und Harlekinaden der Kommunisten bei ihrer Einführung in diese Parlamente nur erinnern), ist ein großer Teil der damals gegen die drückenden wirtschaftlichen Zustände Opponierenden zu der Einsicht gekommen, daß man damals seine Kritik und Unzufriedenheit nicht gegen die tatsächlichen Ursachen des wirtschaftlichen Elends der breiten Schichten abgelenken hat, sondern die Gewerkschaften und ihre Führer ungerechtfertigterweise als das Ventil für die Unzufriedenheit und Unzufriedenheit der Mitglieder mißbraucht und verwendet hat, und das nur deshalb, weil trotz allen ehrlichen Strebens und Bemühens der Gewerkschaften und ihrer Verantwortlichen die schwebenden Probleme nicht so gelöst werden konnten, wie es im Interesse der Arbeiterschaft gelegen hätte und es von dieser gewünscht wurde.

Diese Einsicht können wir bei den Mitgliedern erfreulicherweise jetzt doch feststellen und als Erfolg der Gewerkschaftsorgane und deren in kritischen Zeiten bewiesene Duldsamkeit und ihr Ausstehen in nicht gerade beneidenswerten Lagen buchen.

Es führte zu weit, hierfür noch weiteres Erörterungsmaterial aufzuführen, was aber spielend leicht wäre.

(Fortsetzung auf der 4. Seite.)

# Frauen-, Jugend- und Betriebsräteteil

## Zur Arbeitsdienstpflicht

In Nr. 21 des „Textil-Arbeiter“ wird die Diskussion über obiges Thema eröffnet. Ich erlaube mir, obwohl nicht mehr zu den Jugendlichen gehörend, meine Gedanken und Bedenken kurz zu äußern:

Das sogenannte „Novemberverbrechen“ war über Deutschland gekommen und hat weiten Volksschichten die Hohlheit des vergangenen Regimes vor Augen geführt. Hat dem Volk einen Einblick in die Werkstätten der Diplomatie gewährt. Empört über sozialer Gewissenlosigkeit, war das Aufsehen gegen das Bisherige die natürliche Folge. Zur Auswirkung ist der damalige Bolschewismus dank der Zerrissenheit des Proletariats nicht gekommen, aber das Gefängnis der Freiheit hatte sich geöffnet und das Proletariat hat Befreiung von ihr ergriffen. Die später einsetzende Reaktion mußte, sollte die bestehende Ordnung gerettet werden, die Freiheit von neuem in Fesseln schlagen, und mit Anwendung brutaler Mittel und Methoden ist dies zum Teil gelungen, aber nicht gelungen ist die Knebelung der geistigen Freiheit. Heute steht die geistige Freiheit riesengroß vor den Augen der wieder hervorgekehrten Reaktion. Eine Generation wächst heran, ganz anders als die vorhergehenden, losgelöst vom dogmatischen und traditionellen, mit freien Gefühlen und Gedanken. Diese Jugend, mit der Kenntnis ihrer Menschlichkeit und dem Zwecke ihres Seins, wird nicht mehr das willenlose Ausbeutungsobjekt der kapitalistischen Gesellschaft sein, und deshalb die Hege, deshalb auch die Phrase von der verrohten Jugend, und deshalb soll der Jugend die Kanare angelegt werden. Zurückgeführt zum „guten alten Geist“ soll sie werden, eingebend ihrer Pflicht zu Staat und Volk (Volksgemeinschaft), zur Ueberwindung der Klassengegenstände, zur Disziplin und zu wahrer Nationalgefühl. Dienstpflicht heißt das Mittel, das diesen Zweck erreichen soll.

Ist die Jugend verroht?  
Wenn von roher Jugend gesprochen wird, ist im allgemeinen nur von proletarischer Jugend die Rede. Die Jugend des Bürgertums begehrt keine Roheiten, sondern Jugendstreich, die mit der goldenen Jugend untrennbar verbunden sind. Als vor dem Kriege z. B. die Borussia (Bonner Studentenverbindung) einen Eisenbahntransport gefährdeten (Entfernung des Lokomotivführers, Abhängen von Wagen usw.), so war das keine Roheit, sondern ein Studentenstreik, der mit 50 Mk. Strafe geahndet wurde. Obwohl dabei Menschen und Material in Gefahr waren. Unzählige sind die Majestätsbeleidigungsprozesse vor dem Kriege, grausam hat die dafür ausgeworfenen Strafen. Beleidigt heute ein völkischer Jungling die Republik oder einen ihrer ermordeten Minister, so werden die „edlen“ Motive der Handlung so stark berücksichtigt, daß zur Bestrafung wenig oder gar nichts mehr übrig bleibt.

Anderes ist es freilich, wenn die Arbeiterjugend von „besseren Leuten“ ihres Wimpels beraubt und obendrein noch mißhandelt wird, dann wird die erstere bestraft. Solche und ähnliche Vorfälle lassen sich beständig vermehren und sind fast täglich in der Presse zu lesen. Der Begriff Roheit ist also von der politischen und ökonomischen Einstellung des Täters abhängig. Da aber die Einstellung des Proletariats immer im Gegensatz zum Bürgertum steht, so folgert man, werden auch alle Delikte der Proletarier rohe sein. Richtig ist, daß bei der Jugend der Autoritätsglaube stark erschüttert und das Selbstbewußtsein gewachsen ist. Beides sind Folgen des Krieges. Wird das letztere in rechte Bahnen geleitet, ist es eher ein Vor- als ein Nachteil für die Volksgemeinschaft.

Autorität, aufgebaut auf Tradition und Gehet, ist keine wahre Autorität, nur freiwilliges, auf Wahrheit und Gerechtigkeit begründetes Anerkennen ist Autorität. Im allgemeinen konnte aus der Jugend, die in einer Atmosphäre von Blutdunst und „Gott strafe England“ aufwuchs, nichts anderes hervorgehen. Von einer Verrohung der Jugend kann keine Rede sein, und Ausnahmefälle zeigen der Gesellschaft, was zu tun notwendig wäre. Aber gerade Ausnahmefälle sind es, die die Arbeitsdienstpflicht begründen. Um die Dienstpflicht den Jugendlichen schmackhaft zu machen, werden ihr verschiedene Mäntel umgehängt:

### Volksgemeinschaft.

Ist Volksgemeinschaft und kapitalistischer Staat überhaupt möglich? Nein!

Volksgemeinschaft ist das Sineinanderaufgehen, die völlige Hintenansehung der eigenen Interessen zugunsten der Allgemeinheit, ist gegenfeitiges Verleihen, gleiches Wollen ist Sozialismus. Dies allein genügt schon, die Täuschung zu erkennen, und es ist mir ein Rätsel, welche Gedankengänge es sind, die einige Jugendgruppen bewegen haben, ihr Einverständnis zur Dienstpflicht zu geben.

### Ueberwindung der Klassengegenstände.

Solange es Klassen gibt, werden Gegensätze bestehen. Die deutsche Justiz gibt uns, täglich zu verstehen, daß der wilhelminische Klassensaat lebendiger ist als je. Die Kämpfe des Proletariats um Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sind bekannt, auch die Methoden, die von Unternehmerseite angewandt werden. Bekannt ist der Kampf um den Achtstundentag, der nicht um wirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern nur um des + + + heiligen Profitwillens geführt wurde. Profit erzeugt Eigentum und Eigentum Klassen und Klassen Klassengegenstände. Will man diese überwinden, muß die Wurzel beseitigt werden, das private Eigentum.

Mit der Beseitigung des privaten Eigentums haben wir die Klassenlose Gesellschaft — den Sozialismus.

### Wahres Nationalgefühl.

Welche Konfusion über diesen Begriff besteht, beweist sehr deutlich die völkische Bewegung, man muß schon völkisch sein, will man sich darin zurechtfinden. Mit Nationalgefühl, das mit Kanonen und Maschinengewehren seine Mission zu erfüllen gedenkt, hat das Proletariat nichts zu tun, auch nichts mit dem Nationalismus mit dem Motto: „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen.“ Nationalismus innerhalb der Landesgrenze steht der Völkergemeinschaft im Wege und gebiert Gegensätze zwischen Völkern und führt zu Konflikten und Kriegen. Kriege aber sind tierisch, barbarisch, haben mit Menschlichkeit nichts gemein. Also mit diesen Mitteln kann das Proletariat nicht gewonnen werden, es müssen zugräftigere her.

### Der Wiederaufbau des Vaterlandes.

Hier ist wohl die Frage berechtigt: „Wer hat das Vaterland niedergelassen?“ Antwort: „Der Krieg!“ Aber wer hat den Krieg gewollt,

ihn bis zum Verbluten geführt? Wer hat jene, die zur Vernunft nahnten, in die Schützengräben und hinter Gefängnismauern gesteckt? Wer hat das Wort vom Dank des Vaterlandes geprägt und zwingt die Opfer zu betteln? Wer hat den Ruhrkonflikt herbeigeführt und wer will Deutschland von neuem vor der Welt isolieren? Wer hat deutsches Nationalvermögen ins Ausland geschafft und wer hat gepreßt und geschlemmt, als deutsche Kinder vom Ausland ernährt werden mußten? Die „Edelsten und Besten“ der Nation! Sie hätten zunächst die Pflicht, am Wiederaufbau des Vaterlandes zu helfen. Besser ist es freilich, wenn es andere tun, am besten aber, wenn man dabei noch etwas verdienen kann. Dies ist der Sinn der Worte des Herrn Behrens, als er sich zur Dienstpflicht äußerte.

Nicht den Interessen der Gemeinschaft soll mit der Dienstpflicht ge dient werden, nackte, egoistische Kapitalpläne sollen mit ihr ihre Verwirklichung finden.

Dabei steht die Wehrpflicht als Krönung des Ganzen, die Wehr-

damit unter rücksichtsloser Ausnutzung aller Möglichkeiten des Aktienrechts eine günstige Ausschüttung der Betriebsräte im Aufsichtsrat bezweckt werden sollte. Es macht sich bei der praktischen Anwendung des Betriebsrätegesetzes immer deutlicher bemerkbar, daß es nicht möglich ist, durch ein Gesetz neues Recht zu schaffen und sich bei dessen Anwendung auf ein für ganz andere Zwecke geschaffenes Recht zu stützen. Unbedingt erforderlich wäre es gewesen, gleichzeitig mit der Schaffung des Aufsichtsratsgesetzes eine entsprechende Anpassung des Aktienrechts an die neue arbeitsrechtliche Gesetzgebung vorzunehmen.

Auf Grund einer Klage hat nun das Reichsgericht als Revisionsinstanz am 11. Januar 1924 — Akt. II. 274/1923 — zu den Bestrebungen oben genannter Aktiengesellschaft Stellung genommen und folgendes Urteil gefällt:

1. Durch die Teilnahme von Betriebsratsmitgliedern am Aufsichtsrat werden die Befugnisse der Generalversammlung, die sachgemäßem Aufgeben des Aufsichtsrates im Rahmen des für die Körperschaft maßgebenden Gesetzes abzuändern und zu beschließen, nicht berührt.

2. Die im Aufsichtsrat vertretenen Betriebsratsmitglieder haben grundsätzlich die gleichen Rechte wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder, sie haben also auch nicht das Recht auf Bevorzugung bei der Bildung von Ausschüssen.

3. Die an sich zulässige Regelung, daß Beschlüsse des Aufsichtsrates auch ohne Sitzung, auf schriftlichem, telephonischem oder telephonischem Wege zustande kommen können, darf nicht dahin führen, daß für die Betriebsratsmitglieder die Möglichkeit, die ihnen anvertrauten besonderen Interessen überhaupt in Sitzungen zur Sprache zu bringen, verkannt wird.

Aus den Entscheidungsgründen geben wir folgenden Auszug wieder:

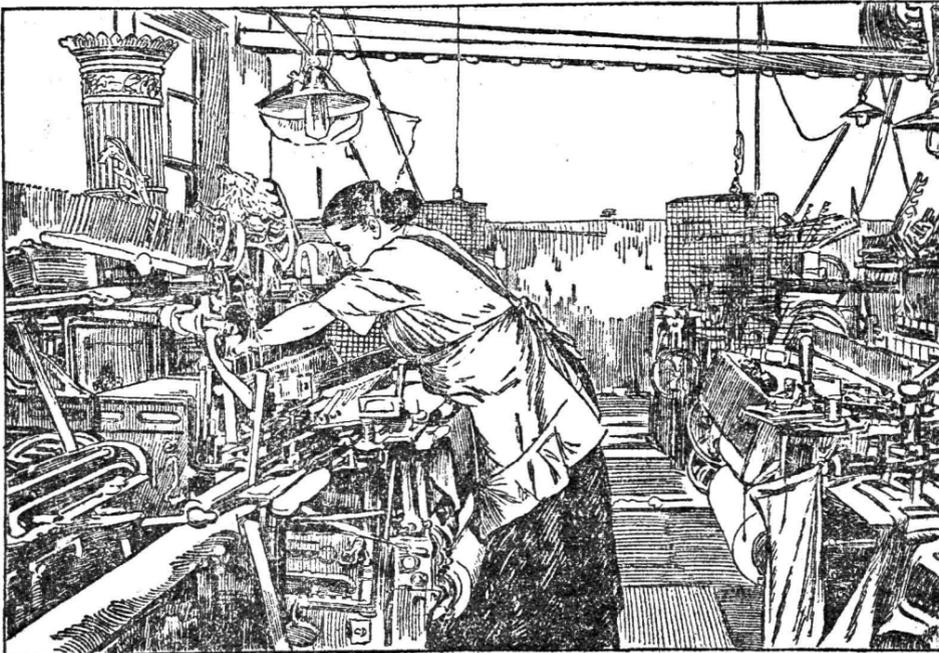
„Aber andererseits — und das darf nicht übersehen werden — schreibt § 70 WAG, obgleich er die Einwirkung des Aufsichtsrates rechtlich unberührt läßt, vor, daß die in den Aufsichtsrat zu wählenden Betriebsratsmitglieder die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie ihre Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes vertreten sollen. Die Beschlüsse können demnach nicht einseitig und lediglich theoretisch herbeizuführen werden, daß die Betriebsratsmitglieder das Recht haben, diese Vertretung vorzunehmen. Es ist vielmehr gleichzeitig dem Aufsichtsrat über die Gesellschaft die Verpflichtung auferlegt, den Betriebsratsmitgliedern die volle Möglichkeit zu gewähren, dieses Recht auszuüben, soweit ihr damit nicht Opfer aufgebracht werden, die ihr nach dem Gesetze oder mit Rücksicht auf die Notwendigkeit eines zweckentsprechenden Betriebes nicht zugemutet werden dürfe. Unter dieser Bedingung ist immerhin der Zweck des Gesetzes — wenn auch, wie bereits oben angedeutet, nicht so vollkommen wie geplant — zu erreichen. Dem Aufsichtsrat liegt, wenn auch nicht die oberste Leitung, so doch die Ueberwachung aller Zweige der Verwaltung ob, und diese Aufsicht erstreckt sich auch auf die Zweckmäßigkeit und Mäßigkeit der Geschäftsführung; dal. Erl. S. 50. Es gehört daher zum Wirkungskreis des Aufsichtsrates, sich auch mit den Dienstverhältnissen und den Anstellungs- und Pensionsverhältnissen der Bediensteten zu befassen und, soweit ihm auf diesem Gebiete Anregungen, bezügliche Wünsche und Beschwerden der Beteiligten zugehen auf eine Besserung der Verhältnisse hinzuwirken. Um diese vom Gesetze vorgeschriebene Wirkung zu erzielen, muß aber den Betriebsratsmitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, sich vor verammeltem Aufsichtsrat auszusprechen zu können. Mit Recht hat der Kläger darauf hingewiesen, daß, um eine schriftliche Eingabe zu ermöglichen, das WAG nicht erst hätte erlassen zu werden brauchen. Es fragt sich daher, ob die neu beschlossenen Satzungsänderungen (§§ 15, 16) den Betriebsratsmitgliedern diese Möglichkeit unzulässig berauben. Die Frage muß im Gegensatz zum Berufungsgericht bejaht werden. Zwar ist es über richtig, daß die neuen Satzungen die Betriebsratsmitglieder nicht ausdrücklich von der Uebernahme des Beschlusses ausgeschlossen, bezügliche Wünsche und Beschwerden der übrigen Aufsichtsratsmitglieder die Möglichkeit solcher Aufsichtsratspraktik befreit. Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter kann jede Sitzung des Aufsichtsrates verhindern (§ 16 Abs. 1) und auch im übrigen nach seinem Ermessen entscheiden, wann der Fall vorliegt, daß die Beschlüsse eine Beschlußfassung des Aufsichtsrates erfordern. Die Möglichkeit, die Einberufung des Aufsichtsrates zu erzwingen, besteht für die Betriebsratsmitglieder nicht, wenn sich dem übrigen Aufsichtsratsmitgliedern entgegenstehen. Denn es müssen drei Mitglieder das entsprechende Verlangen stellen, und ihre Zahl beträgt nur zwei. Es ist zu erörtern, ob es sich um tiefgehende Interessengegenstände handelt, und daß das Gesetz den Arbeitnehmern Rechte einräumt, welche die Arbeitgeber ihnen bisher mit Entschiedenheit bestritten haben. Unter solchen Umständen darf es nicht genügen, daß bei wohlwollender Einwirkung der Arbeitgeber im Einzelfalle den gesetzlichen Rechten der Arbeitnehmer Folge gegeben werden kann, sondern es muß bei gerechtem Verhältnisse des Gesetzes die Gewähr dafür verlangt werden, daß nach den Satzungen der Gesellschaft es unmöglich ist, die Ausübung dieser Rechte zu vereiteln. Es ist aber auch insbesondere nach dem Wortlaut des § 70 WAG, der der Gesellschaft oder dem Aufsichtsrat zugunsten der Betriebsratsmitgliedern zur Vertretung der ihnen anvertrauten Interessen in einer oder anderen Sitzung des Aufsichtsrates Gelegenheit zu geben. Das Gesetz sagt, daß die Vertreter in allen Sitzungen des Aufsichtsrates sich und Stimme haben. Dabei steht es normal voraus, daß der Aufsichtsrat Sitzungen abhält, und das trifft zu. Es muß daher die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates, sei sie durch die Satzungen oder durch ihn selbst festgesetzt, eine Bestimmung enthalten, welche die Abhaltung von Sitzungen vorschreibt. Dabei ist natürlich zu verlangen, daß die Satzungsbestimmung, wonach sich der Aufsichtsrat monatlich mindestens einmal zu versammeln hat, aufrechterhalten bleibt. Es ist durchaus der Vermehrung seiner Mitglieder und dem Bedürfnis schneller und bequemer Geschäftsabläufe Rechnung zu tragen, wie denn überhaupt die Anforderungen einer modernen und zweckentsprechenden Regelung der Tätigkeit des Aufsichtsrates die Rechte der Betriebsratsmitglieder zu berücksichtigen sind. Das schließt aber nicht aus, daß ihnen in angemessenem Umfang die Ausübung ihrer Rechte ermöglicht und erleichtert wird. Wie das einseitige ist, wird Sache erneuter Erwägung und Beschlußfassung durch die Generalversammlung sein. Im übrigen ist dem Berufungsgericht darin beizutreten, daß das Verlangen der Betriebsräte nach festgesetzter Beteiligung an den Arbeiten des Aufsichtsrates und der ausnahmslosen Einberufung seiner Beschlüsse in Sitzungen zurückzuführen ist, weil es darauf hinauslaufen würde, die Bildung von Ausschüssen unmöglich zu machen; ferner aber auch darin, daß das WAG, den Betriebsratsmitgliedern ein Recht auf Bevorzugung gegenüber den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern nicht einräumt.“

Dieses Urteil ist insofern von besonderer Bedeutung, als in den Entscheidungsgründen bestimmt wird, daß der Aufsichtsrat sich in Sitzungen zusammenfinden muß, in denen den Betriebsratsmitgliedern Gelegenheit zu geben ist, die Wünsche und Forderungen der Arbeiterklasse vorzutragen. Die gleiche Bedeutung ist dem Hinweise beizumessen, daß bei Vortragung von Anregungen, berechtigten Wünschen und Forderungen der Betriebsratsmitglieder der Aufsichtsrat gehalten ist, sich mit ihnen zu befassen und auf eine Besserung hinzuwirken. Unbefriedigend wirkt das Urteil, weil es den Weg zeigt, wie die den in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitgliedern zugeordneten Rechte praktisch auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden können. Die Schuld hieran liegt natürlich in der ungenügenden gesetzlichen Festlegung der Betriebsratsrechte im Aufsichtsrat.

Es wird für die Betriebsräte im Aufsichtsrat nun eine wichtige Aufgabe sein, die Statuten ihrer Gesellschaften nachzuprüfen, ob sie mit der reichsgerichtlichen Entscheidung im Einklang stehen. Enthalten die Satzungen Lücken oder Unklarheiten, so ist unter Berufung auf vorstehendes Urteil ein entsprechender Antrag auf Satzungsänderungen zu stellen.

Eine Gemeinschaft wird unendlich mehr durch das gewohnheitsmäßige Verhängen von Strafen verroht, als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen. Oskar Wilde.

## Eine schwangere Baumwollweberin.



Die Weberin bedient zwei bis vier Webstühle. Jeder Stuhl macht pro Minute ungefähr 240 Touren. Die Weberin zieht von vorn einen Faden durch das Gespinn. Sie muß sich mit den Armen über das Gespinn hinweg nach hinten strecken, mit dem Leib liegt sie derb auf dem Brustbaum. Die Manipulation wiederholt sich pro Tag sehr oft. Das Strecken und Dehnen der Arme und das Aufliegen des Leibes auf dem Brustbaum verursacht: Wehen, Frühgeburten und Blutungen, Lageveränderungen und Komplikationen bei der Geburt. Das neunstundent lange Stehen und schnelle Laufen zwischen und hinter den Webstühlen verursacht Rückenschmerzen, Seitenstechen, Schmerzen in Leib und Gliedern, Krampfadern, geschwollene Füße, Leibessteife, Brennen im Rücken, Erbrechen während der Arbeitszeit. Die vielen unvorgeesehenen Bewegungen erzeugen stichartige Schmerzen. Das außergewöhnlich starke Geräusch und die Erschütterungen im Fabrikraum verbunden mit der Fabrikluft und den vielen bezeichneten schmerzhaften Empfindungen verursachen Schwermut, Schwächeanfälle, Schwindelanfälle, dauernde Appetitlosigkeit oder Appetitlosigkeit abwechselnd mit Heißhunger. Die Arbeit, welche freudig verrichtet werden soll, wird zur Qual.

Trotzdem: Regierungen und Unternehmertum verteidigen die Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages.

Wir fordern:

- Achtstündigen Arbeitstag und Raffizierung des Abkommens von Washington;**
- Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung für Schwangere bei Schwangerschaftsbeschwerden;**
- Gewährung von Medikamenten und anderen Hilfsmitteln bei Schwangerschaftsbeschwerden;**
- Verbot der Beschäftigung Schwangerer 2 Monate vor und 2 Monate nach der Niederkunft;**
- Finanzielle Entschädigung der Schwangeren 2 Monate vor und 2 Monate nach der Niederkunft aus Mitteln der Gesamtheit;**
- Unentgeltliche Wochenhilfe;**

pflicht, die den Menschen (des Arbeiter) zum Tier, zum Idioten stempelt.

Deshalb, ihr Proletarier, Pazifisten und alle, die ihr den Glauben des großen Menschlichkeitsgedankens in euch trägt, rüftet zur Abwehr der Dienstpflicht eurer Kinder, die das heutige System von neuem stützen und festigen soll.

Fritz Baumann.

### Die Rechte der Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Die Rechte der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat waren seit jeher heiß umstritten. Unermüdet streben die Aktiengesellschaften dahin, den Betriebsratsmitgliedern die im Aufsichtsratsgesetz grundsätzlich gewährten Rechte gegenüber den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern durch Satzungsänderungen illusorisch zu machen. So wurde in der Generalversammlung einer Münchener Großbank folgende alle Rechte der Betriebsräte im Aufsichtsrat ausschließende Satzungsänderung vorgenommen: Die Vorschrift des § 15 der alten Satzungen, wonach sich der Aufsichtsrat mindestens einmal im Monat zu versammeln habe, wurde aufgehoben und nur die Voraussetzung, daß die Beschlüsse die Einberufung des Aufsichtsrates erheischen, oder daß von drei Aufsichtsratsmitgliedern oder vom Vorstand das Einberufungsverlangen gestellt wird, aufrechterhalten. Neu aufgenommen wurde die Bestimmung, daß der Aufsichtsrat berechtigt sein soll, durch Mehrheitsbeschluß Ausschüsse zu bilden oder einem Mitgliede bestimmte Obliegenheiten zuzuweisen, soweit dies gesetzlich zulässig sei. Nach § 16 der alten Satzung war zur Fassung eines gültigen Beschlusses die Zahlung aller und die Anwesenheit und Teilnahme an der Abstimmung von mindestens drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters erforderlich. Die Aenderung des § 61 ging dahin, daß der Aufsichtsrat nunmehr seine Beschlüsse entweder in Sitzungen oder nach Entscheidung des Vorsitzenden auf schriftlichem, telephonischem oder telephonischem Wege fassen kann.

Die Tendenz dieser Satzungsänderungen zeigt recht deutlich, daß

Es ist also klar und deutlich erwiesen, was uns die sozialistische und gewerkschaftliche Entwicklung und Geschichte lehrt: daß alle Politik in bestehenden Machtverhältnissen real begründet sein muß! Eine Politik, bar der Grundlage solider Realitäten, kann sich nur vorübergehend in politisch unheilswangeren Zeiten, wo sich die Verhältnisse so überstürzen, daß ihre Einzwängung in geordnete Bahnen keiner Partei und keiner Regierung mehr möglich ist, behaupten.

Die in solchen verworrenen Zeiten, wo alles drüber und drunter geht, sich bemerkbar machenden verzweifelten, nach Erlösung suchenden, rückgrat- und disziplinlosen Schichten, die bei normalen Zeitaltern sich den Teufel um die wirtschaftlichen und politischen Dinge kümmern, schaffen dann den Sumpfboden, in dem eine extremistische, unreale Politik wuchern kann. Trodnet der Sumpfboden aus, verborrt die aus ihm hervorgegangene gesamte Vegetation, oder deutlicher: werden die wirtschaftlichen und politischen Umstände stabile, also normale, so werden die extremen Richtungen ohne jedes Hindernis von irgendwo, allein durch das Diktat eines Naturgesetzes, vom politischen Schauplatz verschwinden.

Dieses ist das unabwendbare Los unserer heutigen Extremen, der Kommunisten sowie auch der Völkischen. Somit kann es also nur unsere Aufgabe sein, diesen Prozeß mit allen uns zur Verfügung stehenden fairen Mitteln zu beschleunigen.

Je früher stabile Zeiten, desto besser für die Wirtschaft, und ganz besonders für die Arbeiterchaft. Je schneller ein Ende mit dieser Irrealpolitik, um so eher die Voraussetzungen für eine gesunde, stetige Aufwärtsentwicklung, besonders der deutschen Arbeiterbewegung. Schon zeigen sich in letzter Zeit heftige Differenzen innerhalb der kommunistischen Partei (was wir auch bei den Völkischen beobachten können!). Dieses ist nur verständlich, wenn man die Konstellation der Partei betrachtet. Ihre Parteipolitik wird nämlich von einer starken Dosis individuellen Romantismus beherrscht.

Das schafft natürlich innerliche Gegensätze, und so sehen wir denn auch, wie der sensationellere, romantischere Teil der KPD. (Richtung Ruth Fischer) den rechten, besonnenen Flügel glatt an die Wand drückt und der Mitte, dem sogenannten Sumpf, nur hie und da einen Gnadenstrahl zufallen läßt. Romantiz, Sentation, Phantasterei und Räuberdisziplin ist alles, Vernunft ist eben nichts bei dieser Richtung!

Uns kann es recht sein! Wo solche Gärungen hinführen, ist aus der Geschichte allzu gut ersichtlich: Sie führen eine Katastrophe herbei, die ihrem eigenen Erzeuger zum Unheil wird!

Für uns freie Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die wir die Dinge nicht kritisch, aber real und in ihrem Zusammenhang beurteilen, sieht es fest, daß unsere Politik in ihrer Hauptlinie die richtige ist. Das hat auch ein großer Teil der früher in Opposition uns gegenüberstehenden erkannt und danach die Konsequenzen gezogen. Dieses kann erhärtet werden durch die Tatsache, daß bereits jetzt, kurz nach der Wahl vom 4. Mai, ein starker Stimmungsumschlag zugunsten der Sozialdemokratischen Partei in vielen Orten zu verzeichnen ist.

Ist die Atmosphäre soweit gereinigt, daß in allen unseren Versammlungen und Veranstaltungen nicht mehr der persönliche und gehässige Einschlag die Oberhand hat, sondern in freier Rede und Gegenrede und sachlicher Kritik, nur befehle von dem Gedanken, dem Ganzen zu dienen, die Aufgaben zur Erreichung unserer Ziele besprochen und beraten werden können, dann können wir getrost auf diesen abenteuerlichen Extremismus mit seiner von ihm erzeugten fürchterlichen Selbstzerstörung, politischen Planlosigkeit und Unfähigkeit sowie mit seinen sonstigen üblen Begleiterscheinungen wie an einen schweren, bösen, aber überwundenen Alpdruck einer unheilvollen Bergangeneit zurückdenken.

Dann können wir unsere gesammelten Kräfte wieder einzig und allein zu ihrem natürlichen Zweck verwenden, und das ist:

- Nieder mit der Reaktion!
- Nieder mit dem Kapitalismus!
- Nieder mit dem Faschismus!
- Hoch der Sozialismus!

### Die Christen und wir.

Die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats des christlichen Textilarbeiterverbandes hält es wieder einmal für angebracht, sich mit uns zu beschäftigen. In Nr. 27 und 28 der „Textilarbeiterzeitung“ bringt sie in „Die grundsätzliche Einstellung der christlichen Arbeiterinnenbewegung im Gegensatz zur sozialistischen Arbeiterinnenbewegung“ in buntem Durcheinander, was sie von ihrer Auffassung aus an der sozialistischen Weltanschauung auszufehen hat. Die Art, wie sie es zur Darstellung bringt, zeugt von großer Oberflächlichkeit und ist dazu bestimmt, die Arbeiterinnen, die christlich gesinnt, aber freigeberkschaftlich organisiert sind, vor dem Sozialismus graulich zu machen. So sehr verbohrt hat sie sich in ihrem Haß gegen den Sozialismus, daß sie einfach nur von sozialistischen Gewerkschaften spricht. Von einer christlichen Sekretärin sollte man aber erwarten dürfen, zu wissen, daß es sozialistische Gewerkschaften nicht gibt, sondern „freie Gewerkschaften“, die ihre politische Interessenvertretung in der sozialdemokratischen Partei haben. Die sozialdemokratische Partei hat eine Frauenbewegung, um die Frauen politisch zu schulen. Die freien Gewerkschaften haben eine Arbeiterinnenbewegung zur Schulung der Arbeiterinnen auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Erziehung zum politischen Denken ist Aufgabe der einen, zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen Aufgabe der anderen. Beiden gemeinsam ist das Streben, die Frauen zum Denken zu erziehen, sie aus ihrer Bedeutungslosigkeit und Unselbstständigkeit herauszuheben und sie zu befähigen für die Aufgaben, welche dem weiblichen Teil der Bevölkerung im Staat und Wirtschaftsleben zufallen.

Also: Heranziehung und Heranbildung der Arbeiterinnen zur praktischen Gewerkschaftsarbeit durch Aufklärung und Schulung. Darauf wird allerdings sehr großer Wert gelegt, weil wir der Ueberzeugung sind, daß Wissen allein Macht bedeutet und zur Macht führt. Wenn wir aber die Richtlinien der christlichen Arbeiterinnenbewegung mit den unseren vergleichen, so fällt die Wehlichkeit sofort auf; sie lassen die Originalität vermissen. Von welcher sozialistischen Gewerkschaft die Sekretärin spricht, wenn sie sagt: „Diese legen großen Wert darauf, nach christlich denkende und nach christlichen Grundsätzen lebende Mitglieder ihres Verbandes mit sozialistischen Ideen zu durchdringen.“ ist nicht ersichtlich. Die freien Gewerkschaften bemühen sich jedenfalls nach dieser Richtung hin nicht. Sie lassen jeden nach seiner Fassung selig werden, sie halten die Religion nicht für einen Gegenstand gewerkschaftlicher Schulungsarbeit. Sie sind aber bemüht, ihren Mitgliedern wirtschaftliches Denken beizubringen, sie in die Entwicklungsgeschichte der Menschheit einzuführen, den allmählichen kulturellen Aufstieg der Menschheit zum Bewußtsein zu bringen und Forderungen für den weiteren Aufstieg daraus herzuleiten. Wenn auch christlich denkende Arbeiterinnen von dieser Schulungsarbeit profitieren, so beweist das doch, daß man nicht unbedingt aus dem starren Dogma einer Religion allein seinen Wissensdurst stillen kann, sondern daß man daneben auch am Born des freien Wissens sich laben kann, um aus der Entwicklung zu lernen, und doch noch ein guter Christ bleiben kann. Für die freien Gewerkschaften ist Religion Privatsache, mit der sich jeder selbst abzufinden hat. Vom Standpunkt dieser Auffassung wird auch die weltliche Schule verlangt, die den Kindern des Volkes praktisches Wissen für den Lebenskampf vermitteln soll. Die religiösen Bedürfnisse sollen die Religionsgemeinschaften selbst befriedigen, die Schule soll lediglich Wissen vermitteln. Darum ist auch jede Entrüstung, daß freie Gewerkschaften die weltlichen Schulen durch Geldmittel fördern, völlig unangebracht.

Ebenso unangebracht ist auch der Satz: „Während die christliche Arbeiterinnenbewegung bestrebt ist, das Familienleben glücklicher zu gestalten, zielt die sozialistische Bewegung darauf hinaus, dasselbe zu untergraben.“ Woher schöpft die christliche Artikelschreiberin dieses Wissen? Die wirtschaftlichen Verhältnisse so gestalten zu wollen, daß die verheiratete Frau dem Erwerbserleben fernbleiben kann, ist gleichbedeutend mit der völligen Verkennung der wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade die Textilindustrie ist doch das treffendste Beispiel dafür, daß diese immer mehr verheiratete Frauen beschäftigt, sich zur Arbeitsdomäne der verheirateten Frau und weiter zur reinen Frauenindustrie entwickeln wird. Sollte das der Sekretärin des christlichen Textilarbeiterverbandes so ganz unbekannt geblieben sein, so würde das nur beweisen, daß sie den wirtschaftlichen Entwicklungsgefahren recht wenig Beachtung geschenkt hat. Während sich aber der Deutsche Textilarbeiterverband, denn gegen diesen kämpft die Sekretärin, wenn sie „sozialistische Gewerkschaften“ schreibt, immer bemüht, durch entsprechende Arbeitszeitverkürzung und Ausbau der sozialen Gesetze den verheirateten Frauen das Arbeitsverhältnis zu erleichtern, hat der christliche Verband schon 1920 erklärt, der Wähltagenda sei ein Unglück für Deutschland. Das war zum mindesten im Hinblick auf die vielen verheirateten Frauen in der Textilindustrie eine — — — sagen wir einmal „Unüberlegtheit“. Und nun kommt man mit solchen Redensarten, aus denen doch herausgesehen werden soll: jetzt einmal, wir christlichen Textilarbeiter wollen die verheiratete Frau wieder der Familie zurückgeben. Ach mein, wer te Artikel-schreiberin, Entwicklungen lassen sich nicht durch schöne Worte und Versprechungen zurückschrauben, sie gehen ihren ehernen Weg. Dann wird wieder aus dem Stoff unserer Schulungsabende die Darwinische Theorie herausgelautet, die es der Artikelschreiberin im vorigen Jahr schon einmal angetan hatte. Es erübrigt sich, noch einmal darauf einzugehen. Unsere Leserinnen werden sich noch erinnern, daß der Artikel einer Kollegin an das Verständnis der Artikelschreiberin ansetzend zu hohe Anforderungen stellte, sie werden auch die Erwiderung darauf noch im Gedächtnis haben. (Fachblatt Nr. 18 und 24, Jahrgang 1923.) Vielleicht wollte die Sekretärin auch die Entwicklungslehre bemerkt verneinen.

Jedenfalls beweisen die jetzigen Darlegungen, in denen Sozialismus, sozialistische Gewerkschaften, kommunistische Arbeiterregierung und Sozialisierung des Wirtschaftslebens und russisches Kinderelend bunt durcheinandergewürfelt verarbeitet wurden, daß die Sekretärin etwas gegen den ihr augenscheinlich verhassten deutschen Textilarbeiterverband unternehmen wollte. Wir finden auch, daß das, was sie über die §§ 218 und 219 zum Ausdruck bringt, von einer gewissen Weltfremdheit der sozialen Lage der Arbeiterchaft Zeugnis ablegt. Sie muß es uns schon überlassen, in welcher Weise wir die „Aufklärungsarbeit“ treiben. Wir haben es immer als unsere Aufgabe angesehen, auch unseren weiblichen Mitgliedern alles, was ihrer Aufklärung dienen kann, so zu vermitteln, wie es wirklich ist, ohne Beschönigung und ohne Vertuschung. Darin wird auch die Kritik der christlichen Sekretärin nichts ändern. Die ganze Aufmachung des Artikels, die Gliederung des Stoffes, die Unterstellungen, die den „sozialistischen Gewerkschaften“, lies dem Deutschen Textilarbeiterverband, gemacht werden, sind darauf eingestellt, die erfolgreiche Tätigkeit unseres Verbandes herabzusetzen. Daß damit in zwei Nummern der christlichen Textilarbeiterzeitung unter dem Strich elf Spalten gefüllt wurden, zeigt, wieviel Zeit zur Verunglimpfung unseres Verbandes aufgewendet wurde, aber auch wieviel Platz die Zeitung für solche Auslassungen hat.

### Ungefährlichkeiten in der Oberlausitzer Knopfindustrie.

Unter den Industrien mit ausgeprägt niedrigen Löhnen hat die Knopfindustrie eine der ersten Stellen inne. Rot und Glend sind die Folgen dieser Tatsache. Die Oberlausitzer Wäsche- und Metallknopfindustrie hat ihren Sitz in den Orten Löbau, Neusalza-Spremberg, Niederriedersdorf, Taubenheim, Sohland a. d. Spree, Wehrsdorf und Schirgiswalde. In den genannten Orten gibt es Arbeitgeber, welche die Not ihrer Arbeiterchaft besonders auszunutzen verstehen. Vor groben Ungefährlichkeiten wird dabei nicht zurückgeschreckt.

In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen, wonach in den Knopfabriken von den Arbeiterinnen verlangt wird, nach voller Arbeitszeit im Betriebe Arbeit mit nach Hause zu nehmen. Vor allem handelt es sich um das sogenannte Knöpfeaufnähen. Das Aufnähen von Arbeit nach voller Betriebszeit ist auf Grund des im Jahre 1908 geschaffenen § 137a der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich verboten. Trotzdem wurde vielfach mit grobem Zwang vorgegangen. Wer die Arbeit im Betriebe behalten wollte, wurde gezwungen, auch noch zwei bis drei und noch mehr Stunden daheim Knöpfe aufzunähen. Bei dieser Arbeit können infolge der miserablen Bezahlung im Durchschnitt höchstens 5 bis 8 Pfennig pro Stunde verdient werden. Es ist das dieselbe verwerfliche Methode jenes wucherischen Kaufmanns, bei dem Grundlag war, daß der, welcher die Margarine kaufte, auch das Dörrgemüse oder anderen Kriegsertrag mit abzunehmen hatte. Ihr sehr verehrten Herren, bezahlt anständige Löhne und genügend arme Heimarbeiter werden sich für das Aufnähen finden, um sich ein paar Pfennige zu verdienen. Umsonst scharf keine Henne! Weil die Arbeit fast umsonst gemacht werden soll, finden sich nicht einmal die überbescheidenen Heimarbeiter ein.

In einem der obengenannten Orte, wo die Arbeiterinnen sich schließlich sträubten, nach vollbrachter Betriebsarbeit auch noch fast unentgeltlich zuzufolge einige Stunden Knöpfe aufzunähen, gingen die Unternehmer mit Entlassungen vor. Sechs jugendliche Arbeiterinnen wurden zunächst davon betroffen. Arbeitsmangel wurde vorgeschützt. Bei den Verhandlungen wegen Zurücknahme der Entlassungen erklärte man, daß das Aufnähen in anderen Orten gemacht würde, und zwar ebenfalls nach der betrieblichen Arbeitszeit, ohne daß die in Frage kommende Arbeiterchaft dagegen opponiere. Zugleich wurde angekündigt, daß noch mehr Arbeiterinnen, 30 oder 40, würden entlassen werden müssen. Darin zeigt sich die Denkart mancher Industriellen in ihrer ganzen Brutalität. Zum Zwecke der Durchsetzung von Ungefährlichkeiten greifen Unternehmer zu den rücksichtslosesten Druckmitteln. Die Brotlosmachung gedrückter und trotzdem fleißiger Arbeiterinnen ist ihnen hierfür gerade gut genug.

Weider hat es sich die Arbeiterchaft zum Teil selbst zuzuschreiben, wenn Unternehmer derartig prozesshaft auftreten. Zu leichtsinnig hat sie vielfach mit ihrem Pfund gewirkt. Der restlosen Geschlossenheit in einer modernen gewerkschaftlichen Organisation wird oft aus kleinlichen Gründen nicht die absolute notwendige Beachtung geschenkt. Das rächt sich! Daß Unrecht — Recht wird, kann nur vermieden werden durch größte Geschlossenheit in der Organisation. Dort, wo das Studium alles Arbeitsrechtlichen gepflegt wird und eine warme Stätte findet. Wer war es denn, der jenen bedrückten Arbeiterinnen sagte: „Das, was eure Arbeitgeber hier von euch verlangen, ist seit vielen Jahren verboten und strafbar!“ Es war die Gewerkschaft! Prompt antworteten jene Arbeiterinnen und Betriebsräte: „Ja, hätten wir diese Paragraphen gekannt, dann hätten wir das nicht gemacht, wir hätten es verhindert.“ Gut so Erneut ist immer wieder bewiesen, daß, wenn Arbeiterschutzbestimmungen nicht verloren gehen sollen, eine Stelle notwendig ist, die diese Dinge wahrnimmt. Diese Stelle ist der Verband! Ohne ihn ist die Arbeiterchaft schutzlos preisgegeben, werden die Unternehmer die Ausbeutung ins Unerhörteste steigern. Bedenkt, was einer dieser Knopfindustriellen sagte, weil die Arbeiterinnen nicht tagtäglich noch zuhause stundenlang schuften wollten. Er meinte: „Ja, die Arbeiterinnen gehen jetzt in die Scheibeleeren, da haben sie zum Knöpfeaufnähen keine Zeit.“ Also

ärgerete es ihn, daß die Arbeiterinnen auch mal an ihren Gaumen denken, und daß währenddem seiner Ausbeutung Schranken gesetzt sind. So zu reden hat ein Kapitalist kein Recht. Sicherlich ist anzunehmen, daß auch die Knopfindustrie vor allem ihre Waren dorthin gibt, wo ein viertel Pfennig pro Gros mehr gezahlt wird. Sobald aber die armen Knopfabrikerinnen dasselbe tun, sind dieselben Knopfindustriellen verärgert, oder sollte diesen Herren noch gar nicht klar sein, daß eben eine Arbeiterin beim Beerenpflücken mehr verdient, wie wenn sie für 5 bis 8 Pfennige pro Stunde aufnäht?

Ein noch größeres Stück wie bereits geschildert, leisteten sich einzelne Oberlausitzer Knopfindustrielle damit, daß der zum Knöpfnähen benötigte Zwirn durch die Fabrik mit Verdienst an die Arbeiterinnen geliefert wurde. Also, besonders niedriger Lohn und extra Verdienst am Betriebsstoff. Das bedeutet doppelten Gewinn und doppelte Ausbeutung — vielleicht aber auch doppelte Unmoral? Fest steht, daß derartige direkt strafbar ist. Der § 115 der Gewerbeordnung sagt, daß es gestattet ist, Stoffe für übertragene Arbeiten zum durchschnittlichen Selbstkostenpreis abzugeben.

Verwunderlich ist, daß so unerhörte Ausbeutung stattfinden konnte von einer Seite, die es gern hört, wenn es heißt, die Juden seien an unserem Elend schuld. Wo ist hier der Unterschied zwischen Jude und Christ? Das Ganze zeigt, daß die beliebte Redewendung von der unzufriedenen Arbeiterchaft nicht zutrifft. Schließlich ist auch der Arbeiter verpflichtet, für sein Recht einzutreten. Das liegt so-n-obst im Interesse seiner selbst, als auch seiner Nachkommen. Es ist zu hoffen, daß sich die Behörden, vor allem die Gewerbeinspektion, der Dinge annehmen. Jedenfalls muß den Oberlausitzer Knopfindustriellen bedeutet werden, daß das gegebene Recht um der Menschen willen und für die Menschen da ist und nicht bloß wegen des Geldwerts bestimmter Herrschaften.

Der gesamten Arbeiterchaft aber seien die geschilderten Vorgänge eine ernste Mahnung. Unorganisiert kann sich die Arbeiterchaft gegen solche Auswüchse nicht wehren. Darum schafft den dafür einzug möglichen Machtfaktor: Das ist eine starke, geschlossene Gewerkschaft. P. S.

### Berichte aus Fachreisen.

**Crimmitschau.** In Nr. 91 vom 16. Juli berichtet „Der Kämpfer“ unter der Ueberschrift: „Nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft im DAB, vom Hauptvorstand aus der Organisation geworfen“ über den Ausschluß eines Mitgliedes aus dem Deutschen Textilarbeiterverband. Schon die fettdruckte Ueberschrift ist eine Lüge. Die betreffende ausgeschlossene Weberin ist seit 18. Dezember 1919 Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes gewesen. Außerdem ist noch ein Färbereiarbeiter ausgeschlossen worden, der ebenfalls wie die ausgeschlossene Weberin in der Betriebsräteversammlung behauptete, daß der Verbandsvorsitzende Kollege Jäckel die Arbeiterchaft bei dem Streik 1903 verraten habe. Warum erwähnt der Berichtserstatter diesen Ausschluß nicht. Weil der Färbereiarbeiter, der jetzt die öffentlichen verleumdenden Behauptungen gegen den Kollegen Jäckel erhebt, zur Zeit des Crimmitschauer Textilarbeiterstreiks im Jahre 1903 erst vier Jahre alt war. Der Textilarbeiterverband hat fast zu lange zugehört, wie unsaubere Vögel das eigene Nest, die Organisation, beschmutzten. Die Maßnahmen, die er jetzt ergreift, sind notwendig zur Erhaltung der Organisation, wenn nicht alles Vertrauen zur Organisation zum Teufel gehen soll. Was die ausgeschlossene Weberin betrifft, so hat diese gefühlsmäßig für einen Menschen Partei ergriffen. Der wegen öffentlicher Verleumdung im Jahre 1924 aus dem Deutschen Textilarbeiterverband ausgeschlossen wurde. Der Weber Maximilian Halbauer konnte und kann nicht den Schatten eines Beweises für seine erhobenen Verleumdungen erbringen, aber trotzdem hält er seine Verleumdungen aufrecht. Aus diesem Grunde kann er nicht in den Deutschen Textilarbeiterverband aufgenommen werden. Diese Stellung mußte auch im Jahre 1922 der Verbandsausschuß in dem Fall der Wiederannahme Halbauers einnehmen, obwohl die Mehrzahl der Mitglieder des damaligen Verbandsausschusses politisch der KPD angehörten. Halbauer hat gar nicht die ehrliche Absicht, Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu werden, denn er hat sich geäußert, daß er mit der organisierten Schwindlerbande nichts zu tun haben wolle. Und da gibt es gewerkschaftlich organisierte Mitglieder, die den Antrag stellen, diesen Menschen, der keinerlei Anrecht an den Verband hat, aus Verbandsmitteln zu unterstützen, weil er bei dem im April festgefundenen „milden Streik“ mit auf der Strecke geblieben ist. Weil nun die Geschäftsleitung diesen unfürsinnigen Antrag nicht statgeben konnte, da keine von der sogenannten Opposition eine mülße Beschimpfung des Verbandes und seines Vorsitzenden ein. Worin soll nun der Verrat des Kollegen Jäckel bestehen? Die Verleumder erklären, daß Kollege Jäckel vor Beendigung des Streiks in einem anderen Beruf Arbeit gefunden und diese Stelle angetreten hat. Ja was war denn das, bei dem Mitteldeutschen Putz, der von der KPD-Zentrale inszeniert worden ist, der vielen Hunderten von Arbeitern das Leben gekostet und aber Hunderten jahrelange Gefängnisstrafe gebracht hat, während der Generalstab der KPD, bei Beginn des Kampfes nach Moskau abrückte und die Unterführer der KPD, sich in die westfälischen Steinbrüche verflochten oder sich unter den Schutz der preussischen Generale stellten? Wenn der Strikfag des Kämpfers den Zeitpunkt herbeiwünscht, wo den Angestellten des Verbandes der letzte Bissen Brot gereicht wird, so wollen wir dieses ruhig der Zukunft überlassen. Früher als das, wird die deutsche Arbeiterchaft zu der bitteren Erkenntnis kommen, daß diese sich so radikal gebenden Pfaffenprediger und Ehrabschneider, die oft vor den größten Verleumdungen nicht zurückschrecken, die eigentlichen Vorarbeiter des Kapitals sind. Die deutsche Arbeiterchaft steht geistig doch zu hoch, als daß solche „revolutionären Kämpfer“, die Lüge, Verstellung und Verbeugung auf ihre Fühne geschrieben haben, einen größeren Einfluß unter der aufgeklärten, Klassenbewußten Arbeiterchaft finden könnten. Josef Philipp.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 10. August ist der Beitrag für die 32. Woche fällig

Das Mitgliedsbuch Nr. 750048, lautend auf den Namen Eva Ritter, geb. 24. 11. 94 zu Hof in Bayern, eingetretten am 15. 12. 1918 in Schwarzenbach a. S., ist abhanden gekommen. Das Buch wird für ungültig erklärt und ist bei seinem Auffinden einzuziehen und an die Hauptverwaltung einzusenden. Der Hauptvorstand.

St. Tönis: V muß heißen Schummers. Gau Augsburg. Moosburg. V und K: Fritz Ruster. Gau Berlin. Sommerfeld. V: Paul Schmidt, Croßener Straße 126, Tel. 235.

### Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Weida. Hugo Urban, 41 J., Gustav Bärenräuter, 67 J., Franz Bergner, 62 J., Anton Högen, 50 J. Gera. Otto Göhring, Weber, 41 J., Herzschlag; Karl Müller, Weber, 65 J., Herzschlag; Louis Quack, Färbereiarbeiter, 65 J., Blinddarmentzündung. Ehre ihrem Andenken!

### Abwesenanderungen.

Gau Cassel. Großburfka. V: Emil Hildebrandt. Alle Sendungen an K. Christ, Dietrich, a. d. Bache 88. Gau Barmen. Hagen i. W. V und K: Ernst Göbel, Hagen i. W., Schabergstr. 6.

Verlag: Karl Giesch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßel in Berlin. — Druck: Vornwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.